

A9NEU8 Jemen- der vergessene Krieg

Antragsteller*in: Paula Moser (KV Dresden)

Antragstext

1 Nach der Ermordung des ehemaligen Präsidenten des Jemen, Ali Abdullah Saleh, und
2 der weiteren Zersplitterung der Konfliktparteien ist eine langfristige Lösung
3 für den seit 2015 andauernden bewaffneten Konflikt im Jemen in weite Ferne
4 gerückt. Die Situation im Jemen ist laut den Vereinten Nationen die schlimmste
5 humanitäre Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg. Um eine Normalisierung der
6 humanitären Katastrophe zu verhindern, fordern wir eine konsequente Verurteilung
7 und Sanktionierung der illegalen Blockaden humanitärer Hilfsgüter, einen Stopp
8 der Waffenlieferungen an die beteiligten Kriegsparteien und eine umfangreiche
9 und feministische Herangehensweise an mögliche Waffenstillstandsverhandlungen,
10 Friedensgespräche und Überlegungen zur Postkonfliktphase.

11 **1. Aktiv gegen die humanitäre Katastrophe im Jemen - keine** 12 **Normalisierung des Leidens!**

13 Laut UNICEF benötigen rund 80% der jemenitischen Bevölkerung dringend humanitäre
14 Hilfeleistungen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate setzen
15 dabei die gezielte See- und Luftblockade von humanitärer Hilfe als perfide
16 Kriegstaktik ein. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die
17 Genfer Konventionen sowie die Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216.

18 Zu den weiteren Verstößen aller Kriegsparteien gehören gewaltsame Angriffe auf
19 friedliche Demonstrant*innen sowie die Blockade elektronischer Kommunikation,
20 Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen und der Einsatz von
21 Kindersoldat*innen. Reporter ohne Grenzen geht von einer Dunkelziffer
22 verschwundener Personen aus, unter anderem geflüchteter und getöteter
23 Journalist*innen. Eine flächendeckende Dokumentation und Information über
24 Menschenrechtsverletzungen kann nicht gewährleistet werden.

25 Vor allem Kinder leiden stark unter der im Jemen vorherrschenden Gewalt. Ihr
26 Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung, sowie ihr Schutz vor Missbrauch,
27 Zwangsrekrutierung und Zwangsarbeit werden während des bewaffneten Konflikts
28 nicht gewährleistet. Mehr als 12 Millionen der jemenitischen Kinder benötigen
29 dringende humanitäre Hilfe. Unterernährung, der fehlende Zugang zu Bildung und
30 die Traumatisierung durch ständige Konfrontation mit Gewalt lassen im Jemen eine
31 ganze Generation verelenden.

32 **Wir verurteilen die Politik Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate**
33 **und des Iran, die im Jemen einen Stellvertreter*innenkrieg auf dem Rücken der**
34 **Bevölkerung austragen. Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:**

- 35 • **Die Bundesregierung auf, auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang**
36 **für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;**

- 37 • **Die Bundesregierung auf, sich für *targeted sanctions* gegen die**
 38 **Verantwortlichen der Kriegsparteien einzusetzen, die Schlüsselpositionen**
 39 **in der Entscheidung für die Blockade humanitärer Hilfeleistungen tragen.**
 40 **Dies ist auch in den Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216**
 41 **vorgesehen. Die Wahrung des humanitären Völkerrechts und menschenrechtliche**
 42 **Grundsätze müssen vor anderen politischen Abwägungen der EU und der**
 43 **Bundesregierung hinsichtlich der im Krieg beteiligten Staaten stehen;**
- 44 • **Alle Beteiligten auf, die besonderen Bedürfnissen der von der humanitären**
 45 **Krise im Jemen betroffenen Kinder bei Hilfeleistungen besonders zu**
 46 **berücksichtigen**

47 **2. Die EU trägt ihre Mitschuld: Waffenexporte stoppen!**

48 Um die andauernde humanitäre Katastrophe im Jemen nicht zu verschlimmern, muss
 49 die Bundesregierung einen sofortigen Stopp von Waffenexporten an die
 50 Kriegsparteien umsetzen. Zu den von der EU belieferten Kriegsparteien zählt die
 51 arabische Koalition aus Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate,
 52 Ägypten und sowie der Sudan.

53 Ein Bericht der Expert*innenkommission des Menschenrechtsrates der Vereinten
 54 Nationen (VN) vom August 2018 bestätigt mehrfach Brüche des humanitären
 55 Völkerrechts seitens der kriegführenden Parteien. Die Prämisse, zivile Opfer zu
 56 meiden, wurde von keiner der Kriegsparteien eingehalten. Dabei wurden mehrfach
 57 zivile Infrastruktur wie Märkte, Krankenhäuser und Schulen zur Zielscheibe der
 58 Auseinandersetzungen. Recherchen von German Arms sowie der investigativen
 59 Plattform Disclose belegen deutlich die Nutzung von deutschen und französischen
 60 Waffen durch die im Jemenkrieg beteiligte arabische Allianz.

61 Lieferungen an die Kriegsparteien verletzen die politischen Richtlinien der
 62 Bundesregierung zu Rüstungsexporten, sowie mehrere vom Europäischen Parlament
 63 gefassten Beschlüsse, darunter der Beschluss 2017/2849. Diese sehen vor,
 64 Rüstungsexporte an die im Jemenkrieg beteiligten Staaten unmittelbar zu stoppen.
 65 Die temporär eingeführten Exportstopps an Saudi-Arabien im November 2018 haben
 66 dabei nicht zu einem langfristigen und umfangreichen Stopp der Exporte geführt.
 67 Erstens wurden trotz Exportstopp sondergeschützte Geländewagen im Wert von rund
 68 800.000€ exportiert. Zweitens betraf der Exportstopp keine
 69 Gemeinschaftsprojekte, sodass die Lieferung von deutschen Zwischenprodukten an
 70 Waffenlieferant*innen in Frankreich und Großbritannien weiter ging. Drittens
 71 stoppte die Bundesregierung nicht die Waffenlieferungen an die Vereinigten
 72 Arabischen Emirate, die als Teil der arabischen Koalition mit Saudi-Arabien im
 73 Jemenkrieg agieren und allein im ersten Halbjahr 2019 Waffenlieferungen in
 74 erschreckender Höhe von 200 Millionen Euro aus Deutschland erhielten.

75 **Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:**

- 76 • **Einen dauerhafter Stopp von Waffenexporten an die im Jemenkrieg**
 77 **beteiligten Staaten zu verhängen, keine neuen Genehmigungen von**
 78 **Waffenlieferungen an diese Staaten zu erteilen, bereits erfolgte**
 79 **Genehmigungen zu widerrufen und keine weiteren Ausfuhrgenehmigungen zu**
 80 **erteilen. Eine de-minimis-Regelung für die Lieferung von Zwischenteilen an**
 81 **Waffenproduzent*innen außerhalb Deutschlands lehnen wir ab;**
- 82 • **Sich gegenüber weiterer Waffenlieferant*innen, inklusive der USA,**
 83 **Großbritannien und Frankreich, für einen Stopp der Lieferungen**
 84 **einzusetzen.**

85 **3. Frauen*, inter* und trans* Personen (FIT):**
 86 **marginalisierte Gruppen schützen und stärken!**

87 Im ersten halben Jahr des Konflikts ist die geschlechtsspezifische Gewalt in
 88 Jemen über 70 Prozent angestiegen. Von Kinderehen waren 2017 14 Prozent mehr
 89 Mädchen* unter 18 betroffen als noch im Jahr zuvor. Das hängt damit zusammen,
 90 dass sich ökonomische Situation von Frauen* und Kindern aufgrund traditioneller
 91 Familienrollen rapide verschlechtert, sobald der Ehemann und Familienvater aus
 92 kriegsbedingten Gründen ausfällt. Jemen ist derzeit auf dem letzten Platz des
 93 *Women, Peace and Security Index* des Georgetown Instituts - hinter Syrien und
 94 Afghanistan. Von dem Index werden unter anderem die durchschnittliche Anzahl an
 95 Schuljahren, die Beschäftigungsquote, die Verbreitung der Handynutzung durch
 96 Frauen*, die finanzielle Inklusion, der Anteil an Parlamentssitzen und
 97 Diskriminierung erfasst - in allen diesen Kategorien schnitt Jemen im Jahr 2019
 98 am schlechtesten ab. Dabei betrifft auf Geschlecht basierende Diskriminierung
 99 nicht nur Frauen*, sondern oft auch inter* und trans* Personen. Genaue Angaben
 100 zu diesen Personengruppen sind aufgrund fehlender Datenerhebung leider nicht
 101 möglich.

102 Für eine Nachkriegsordnung sind die Folgeschäden eines bewaffneten Konfliktes
 103 mitzudenken: die Traumatisierung eines großen Teils der Bevölkerung erhöht das
 104 Risiko von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Hier müssen Prävention
 105 und Nothilfe gewährleistet werden.

106 In den letzten Jahren werden Frauen* zunehmend in zivilgesellschaftlichen Räumen
 107 aktiv und nehmen dabei beispielsweise Einfluss auf Entwaffnung, Demobilisierung
 108 und Reintegration und die Reduktion von Waffenproliferation. Auf kommunaler
 109 Ebene arbeiten Frauen* in einigen Situationen an Frieden, indem sie bewaffnete
 110 Akteure konfrontieren und informell Konflikte schlichten. Zusätzlich zeigt sich,
 111 dass die Frauen* Bewusstsein für Friedensarbeit in lokalen Gemeinschaften
 112 schaffen und diese aktiv vorantreiben - so gibt es bereits Beispiele, in denen
 113 Frauen* Friedensverträge zwischen ihren Gemeinschaften und Rebellengruppen
 114 vermittelt haben. Bisher haben die VN Frauen* oder Frauen*rechtsgruppen jedoch
 115 nicht am offiziellen Friedensprozess beteiligt, was einem umfassenden,
 116 inklusiven und nachhaltigem Frieden klar im Weg steht und die Chancen von
 117 dauerhaftem Erfolg mindert.

118 Ohne die Frauen* ist ein nachhaltiger Frieden nicht denkbar. Doch feministische
 119 Friedenspolitik sollte auch immer intersektional gedacht werden: Personen, die
 120 aufgrund von - einschließlich, aber nicht ausschließlich - ihrer sexuellen
 121 Orientierung, Hautfarbe, Behinderung, Ethnie, Religion oder ökonomischen Lage
 122 marginalisiert oder mehrfach diskriminiert werden, müssen am Friedensprozess
 123 beteiligt werden. Nur so kann ein Frieden inklusiv und damit nachhaltig
 124 gestaltet werden.

125 **Das Friedenspotential verschobener Geschlechterhierarchien durch den Krieg muss**
 126 **genutzt und Frauen* und andere marginalisierte Gruppen für einen Friedensprozess**
 127 **und die daraus resultierende Nachkriegsordnung ermächtigt werden. Daher fordern**
 128 **wir:**

- 129 • **Die Teilnahme von Frauen* und anderen marginalisierten Gruppen an**
 130 **Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu ermöglichen, anzuerkennen**
 131 **und zu unterstützen;**

- **Frauen* in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische Unterstützung zu stärken. Dazu gehören**

- **die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen*, Frieden und Sicherheit,**
- **Mediations- und Verhandlungstrainings**
- **sowie die Vernetzung verschiedener Frauen*gruppen im Jemen und in anderen Konfliktkontexten;**

- **Die Situation von inter* und trans* Personen, die in den Statistiken bisher nicht aufgegriffen werden, zu untersuchen und aktiv zu unterstützen.**

4. Die Post-war Phase im Blick behalten und begleiten

Trotz der festgefahrenen Situation im Jemen sind Reflektionen über die Gestaltung der Post-war-Phase wichtig. Aktuell kann durch das Sammeln von Daten vermutlicher Kriegsverbrechen dazu beigetragen werden, eine angemessene Ahndung dieser nach Ende des Konflikts zu ermöglichen. Die unrechtmäßigen Angriffe auf zivile Ziele, die Zwangsrekrutierung von Kindersoldat*innen und das Foltern und Verschleppen von Dissident*innen, müssen in einer Post-Konfliktphase in einem Prozess der Gerechtigkeit aufgearbeitet werden.

Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen können nur mit einer breiten Einbindung der jemenitischen Gesellschaft erfolgreich sein. Eine nachhaltige Lösung setzt voraus, dass die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, Minderheiten und Regionen des Jemen berücksichtigt werden. Um die divergierenden Interessengruppen in einem Staat zu vereinen, könnten verschiedene föderale Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten, eingeräumt werden. Die geostrategischen Vorteile der Küstenregion um Aden müssen in Friedensverhandlungen in gerechter Weise berücksichtigt werden.

Die Verteilung von natürlichen Ressourcen könnten in einer möglichen regionalen Aufschlüsselung berücksichtigt werden. Auch der Jemen ist von der Klimakrise in Form von Dürren und Wüstenbildung auf der einen Seite, und starken Überschwemmungen auf der anderen Seite, betroffen. Die Bevölkerung sollte in die Diskussion um Problembereiche wie die Wasserressourcen des Landes mit eingebunden werden, um die Entstehung neuer Konfliktherde zu vermeiden.

In den Verhandlungen muss eine Strategie für die Entwaffnung der Konfliktgruppen im Zentrum der Bemühungen stehen. Es besteht bisher eine große Befürchtung, dass Rache an einer Konfliktpartei genommen wird, sollte sie im Rahmen eines Friedensprozesses die Waffen abgegeben. Solange die Konfliktparteien sich aber auf Waffengewalt stützen, ist eine nachhaltige Friedenslösung nicht in Sicht. Damit es gelingt, dass Mitglieder bewaffneter Gruppen ihre Waffen abgeben und sie Unterstützung bei ihrer Rückkehr in eine friedliche Gesellschaft erhalten, sollte ein konkrete Entwaffnungsstrategie unter Beteiligung aller relevanter Akteur*innen erarbeitet werden werden.

Deshalb fordern wir:

- **Die EU auf, in einer Rolle als Mediatorin und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die Initiative für neue Friedensgespräche zu übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und**

- 179 **die Gewährung humanitären Zugangs sein muss. Die Beteiligung von FIT-**
 180 **Personen an den Friedensgesprächen muss dabei durch die VN unterstützt**
 181 **werden.**
- 182 • **Die VN auf, die divergierenden regionalen Interessensgruppen in der**
 183 **jemenitischen Gesellschaft bei Verhandlungen über die Zukunft des Jemen**
 184 **gleichberechtigt einzubinden.**
 - 185 • **Die Bundesregierung und die EU auf, Untersuchungen und Datenbanken, welche**
 186 **die Ahndung der Kriegsverbrechen nach Ende des Konflikts ermöglichen,**
 187 **gezielt zu unterstützen.**

Begründung

Sowohl im Bundestag als auch innerhalb der Partei existieren bereits Beschlüsse zum Krieg im Jemen. Doch dem Konflikt wird weder in Deutschland noch in der Weltöffentlichkeit die Aufmerksamkeit gegeben, die der Dramatik der Situation angemessen wäre. Dies ist gefährlich, denn wo Aufmerksamkeit dauerhaft verschwindet, schwindet bald auch die Unterstützung für eine positive Transformation der Situation - sowohl finanziell als auch in Handlungen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft "Frieden und Internationales" von Bündnis 90/Die Grünen beleben wir die friedenspolitische Tradition der Partei. Dadurch ergibt sich die Pflicht, weiter laut auf den Krieg im Jemen hin zu weisen, der unter anderem mit deutschen Waffen geführt wird und die schlimmste humanitäre Katastrophe, die es derzeit gibt, ausgelöst hat. Dabei verschlechtert sich die humanitäre Lage weiterhin - eine diskursive Normalisierung der Situation darf daher nicht zugelassen werden.

Außerdem weist die derzeitige Beschlusslage in Bund und Partei noch Lücken auf: eine feministisch-außenpolitische Betrachtung fehlt, genau wie die Vorstellung einer Nachkriegsordnung.

Die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat bereits einen wegweisenden Antrag zu feministischer Außenpolitik vorgelegt, es gibt einen Beschluss der LAG Berlin und die Diskussionen um die Relevanz des Themas werden auch im Grundsatzprogrammprozess fortgesetzt. Abseits von grundsätzlichen Entscheidungen müssen wir aber auch beginnen, das Thema Feministische Friedens- und Außenpolitik an praktischen Beispielen anzuwenden und für spezifische Kontexte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Situation in Jemen zeigt exemplarisch, wie Frauen* weiterhin nicht ausreichend an Friedensverhandlungen beteiligt werden und wie relevant demnach eine feministische Friedenspolitik ist. Insbesondere bei der Gestaltung der Post-Konfliktgesellschaft tragen Frauen*-Inter-und Transpersonen eine wichtige Rolle, um nachhaltigen Frieden zu gewährleisten.

Antragstellerinnen: Charlotte Steinmetz (Grüne Jugend), Paula Moser (Grüne Jugend)

Quellen

<https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>

<https://germanarms.interactive.br24.de/>

<https://www.yemendataproject.org/>

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruestu>

<https://www.dw.com/de/un-experten-anzeichen-f%C3%BCr-kriegsverbrechen-im-jemen/a-45253943>

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-un-bericht-zeigt-erneut-notwendigkeit-eines-waffenembargos-a>

<https://www.unicef.org/emergencies/yemen-crisis>

<https://www.aljazeera.com/news/2019/10/sounds-alarm-children- plight-war-torn-yemen-191023081944720.html>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/saudi-arabien-waffen-embargo-jemen-eu-parlament>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017IP0473&from=EN>

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-berlin-genehmigt-waffenlieferungen-fuer-eine-milliarde->

<https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2018/9/20/peacebuilding-in-yemen-womens-as-agents-for-peace>

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_nee-ds_overview_hno_2018_20171204

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CARE_No-Future-for-Yemen-without-Woman-and-Girls_Oct-2018

[https://undocs.org/en/S/RES/1325\(2000\)](https://undocs.org/en/S/RES/1325(2000))

<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20arab%20states/attachments/2018/women%20on%20the%20ground>

<https://giwps.georgetown.edu/country/yemen/>

Building inclusive peace: gender at the heart of conflict analysis, Saferworld 2017

https://www.ecfr.eu/publications/summary/war_and_pieces_political_divides_in_southern_yemen

<http://www.fluchtgrund.de/land/jemen/>

<https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/yemen>

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE3113832019ENGLISH.PDF>

Bisherige Beschlüsse und Anträge der Grünen

BDK-Beschlüsse

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-23_Beschluss_Das_Leid_im_Jemen_lindern_Ruestungsexporte_stoppen-

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

Bundestag:

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruestu>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900834.pdf>

Antrag der Grünen Fraktion im Bundestag zu feministischer Außenpolitik

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/079/1907920.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/087/1908703.pdf>